

Konzeptionelle Grundsätze der FAD

1 Zur Zeit übliche innerparteiliche Demokratie

- 1.1 In allen etablierten Parteien gibt es kaum noch innerparteiliche Demokratie.
- 1.2 Speziell auf Kreisverbandsebene gibt es viele sogenannte "Kreisfürsten", die mit einer Gruppe von Vertrauten eine Dynastie errichtet haben, die eine Anzahl von Jahren die Macht dieses geschützten Kreises erhält. Hierbei geht es zu wie im mittelalterlichen Hofstaat – ein absolutistischer Herrscher und seine Hofschranzen regieren innerparteilich. Der Rest der Partei wird von jeglicher Macht fern gehalten.
- 1.3 Später kommt es oft zu überraschenden, putschähnlichen Machtwechseln, in der sich eine neuere Gruppe die Macht erkämpft, die dann ihrerseits eine Anzahl von Jahren die Macht ausübt.
- 1.4 Derartige Machtwechsel fallen deshalb so gründlich aus, da es üblich ist, dass die neue Mehrheit z. B. mit 51% sämtliche Posten beansprucht. Dies ist möglich, da die Posten üblicherweise mit einfacher Mehrheit getrennt gewählt werden. Die übriggebliebene 49% Gruppe findet sich nicht mehr im Vorstand vertreten.
- 1.5 Bei innerparteilichen Wahlen ist es üblich, dass es nur einen Kandidaten(-in) pro Amt gibt. Nicht von oben, d.h. vom Machtzentrum des wählenden Verbandes, abgeseignete Gegenkandidaturen gelten als Querulantentum, bzw. als Angriff auf das Machtzentrum. Solche Querulanten werden danach schnell entfernt.
- 1.6 Die älteren, etablierten Mitglieder wenden sich gerne neuen Mitgliedern zu. Die sollen Aufgaben als „Parteisoldaten“ übernehmen, damit die Etablierten die älteren Parteisoldaten, die nach Jahren ehrenamtlicher Tätigkeit jetzt mehr erwarten, in den Ruhestand schicken können.
- 1.7 Dies ist das übliche Prinzip in den Parteien, mit dem ein kleiner Kreis von Etablierten seine Macht erhält und eine deutlich größere Anzahl von Leuten Parteimitglied wird, brav mitarbeitet, sich frustrieren lässt und danach wieder austritt.
- 1.8 Für Karrieristen kommt es nicht mehr darauf an, ob sie was Richtiges gesagt haben, sondern es zählt nur allein, wenn sie was Falsches sagen. Dann kommt sofort der nächste Intrigant und flüstert dem Partiefürsten ins Ohr, was da schlimmes passiert sei. Der "Dumme", der was Angreifbares gesagt hat, wird durch den Intriganten ersetzt. – Der vermeidet dann solche Fehler.
- 1.9 Mit einer Auswahl der Besten hat dieses System wenig zu tun. Im Gegenteil! Die Etablierten achten darauf, dass neue Funktionsträger unter ihrer Ägide ihnen nicht gefährlich werden können und deshalb vorzugsweise einfacher Natur, oder viel jünger sind. Hierbei kommt es eher zu einer Negativ – Auslese.

2 Parteien – Ist- und FAD- Vergleich

- 2.1 Parteien sind relativ neuzeitliche Gebilde. Ihre Strukturen und Interaktionen sind deshalb alles andere als Naturgesetze. Parteien können sich

deshalb auch völlig anders organisieren und interagieren, als die heute bekannten Parteien.

2.2 Nachfolgend wird die in vielen Parteien übliche Praxis verglichen mit den Konzepten der FAD:

2.3 Innerparteiliche Demokratie

2.3.1 Ohne innerparteiliche Demokratie können Parteien nicht die Garanten der Demokratie in unserer Gesellschaft sein. Führer, die in der Partei die Macht an sich gerissen haben, werden auch außerhalb der Partei undemokratische Ziele verfolgen.

2.3.2 Basisdemokratie: hiermit entwickelt sich in der Partei eine Kultur, deren Vertreter beim Eingehen auf den Volkswillen keine dumpfen Motive beim Volk vermuten (und somit wenig negative Assoziationen mit dem Wort Populismus verbinden). Mit der Basisdemokratie in der Partei haben alle Mitglieder gleiche Chancen auf begehrte Ämter. Hierbei sollen sich innerparteilich diejenigen qualifizieren, die am besten ihre Wähler überzeugen können, da die Partei genau solche Kandidaten braucht, um den besten Zuspruch bei politischen Wahlen zu erhalten.

2.4 Kompetenz

2.4.1 wenn in den Parteien fachliche Kompetenz unbedeutend ist, oder vom Führungszirkel sogar als Bedrohung ihrer Macht angesehen wird, dann werden diese Leute, wenn sie politische Macht erreicht haben, dies auch in der Regierungspraxis so anwenden. Politiker können deshalb nacheinander völlig unterschiedliche Ministerämter bekleiden. Nicht auf des Fachwissen kommt es an, sondern nur darauf, zu wissen, wie man Macht (im Sinne der Partei) organisiert. Dies alleine zählt – das Gemeinwohl zählt hierbei offenbar nichts.

2.4.2 In für alle Mitglieder offenen Vorwahlen und Wahlen können sich die Mitglieder für jedes Amt bewerben. Alle zuständigen Mitglieder können auch auf allen Ebenen direkt mitwählen. Entscheidungen zur Auswahl von Kandidaten werden damit weniger durch Gruppenzugehörigkeit getroffen. Die Kompetenz von Kandidaten hat eine bessere Chance als Entscheidungskriterium.

2.5 Geschäftsführung

2.5.1 ein Partei- oder Gebietsvorstand, der gleichzeitig die Geschäfte der Partei führt, hat Magnetwirkung auf Leute, die sich mehr für den Zugang zu den Parteigeldern als für die politischen Ziele der Partei interessieren. Die Geldausgeber im Vorstand haben auch keine Kontrollinstanz mehr ‚über‘ sich

2.5.2 Aufsichtsrat kontrolliert Geschäftsleitung: mit der strikten Trennung von politischem Vorstand und Geschäftsführung wird das bewährte Prinzip der Gewaltenteilung angewandt. Für den Vorstand bewerben sich nur Parteimitglieder wegen den politischen Zielen, wobei Vorstandsmitglieder durchaus bessere Chancen bei den innerparteilichen Kandidatenwahlen haben können. Vorstandsmitglieder haben aber keinen direkten Zugang zu den Parteigeldern und können sich auch nicht die Loyalität von Mitgliedern mit bezahlten Jobs erkaufen. Der Vorstand kontrolliert aber die Geschäftsführung und erteilt ihr die Aufträge.

2.6 Finanzen

2.6.1 die Unersättlichkeit von Politikern ist nicht nur das, was die Bürger erfahren. Die üben das schon in den Parteien. Üblich ist: In den Ortsverbänden werden Mitgliedsbeiträge eingesammelt. Das ganze Geld geht an den Kreisverband – wenn der Ortsverband Geld braucht, dann muss

er es beantragen. Der Kreisverband gibt 2/3 weiter an seinen Landes- und den Bundesverband. D.h. im Kreisverband bleiben nur 1/3 der Mitgliedsbeiträge. Da die staatliche Parteienfinanzierung üblicherweise die Einnahmen der Partei verdoppelt, und die Kreisverbände von diesem Geld ohnehin nichts sehen, sind es nur max. 1/6, die auf Kreisebene verbleiben. „max.“ deshalb, weil bei der Parteispitze oft auch noch Spenden ankommen, von denen die unteren Ebenen natürlich auch nichts erhalten.

2.6.2 Der Großteil der Finanzen wird in den Gruppen verwaltet: Die Mitgliedsbeiträge und Spendeneinnahmen der Gruppen verbleiben dort. Die Gruppen sollen auch noch einen Anteil von 50- 100% aus der Parteienfinanzierung erhalten. Der Bundesschatzmeister fasst nur die Zahlen zusammen.

Ausgaben, über die die Vorstände beschliessen, werden durch projektbezogene Umlagen (z.B. für einen aktuellen Wahlkampf) von den Gruppen oder durch Darlehen oder Spenden finanziert. Darlehen sind spätestens mit Erhalt der nächsten Parteienfinanzierung zurück zu zahlen.

2.7 Zentralismus

2.7.1 übergeordnete Vorstände mischen sich in allzuvielen Punkten in die Zuständigkeiten untergeordneter Gremien. Angebliche Verstösse gegen die Parteilinie werden gerügt oder es können hieraus auch Amtsenthebungen folgen. Die Mitglieder aus dem betroffenen Gebietsverband werden kaum gehört, meist werden nur die Denunzianten gehört. – Auch bei den Vorstands- und Kandidatenwahlen gibt es oft massive Beeinflussung „von oben“.

2.7.2 Mit Selbstorganisation bestimmen die Mitglieder auf Orts- und Kreisebene selbst, welche Personen in den Vorständen arbeiten sollen und mit welchen Kandidaten sie zur politischen Wahl antreten möchten. Sie können besser entscheiden, gerade bei umstrittenen Personen, ob diese geeignet sind, innerparteilich zu führen oder politische Ämter zu bekleiden.

Hiermit können sich auch lokale Mehrheiten finden, für politische Aussagen, die in der gesamten Partei keine Mehrheit haben. Derartige Flügel sind jedoch keine Schwäche von breit aufgestellten Parteien. Eine abweichenden Meinung kann ja durchaus später mal zur Mehrheitsposition der Partei werden, wenn sie nicht vorher als abweichlerisch abgewürgt wird. Die Vertreter einer solchen Meinung dürfen gegenüber Presse und Medien aber nicht den Eindruck erwecken, als wenn sie in diesem Punkt die Parteimeinung vertreten würden.

2.8 Delegiertenwahlen

2.8.1

2.8.2

3 Spezielle Lösungen für den innerparteilichen Umgang miteinander

3.1 Keine Angst vor vielen Kandidaturen

3.1.1 Allen Mitglieder werden zur Kandidatur für alle Ämter aufgefordert und zur Teilnahme an fairen innerparteilichen Wahlen.

3.1.2 Hieraus folgende mögliche Wahl- Marathons mit vielen Kandidaten ist mit zeitsparenden internet- gestützten Wahl- Auswertungen zu begeg-

- nen, um die sehr zeitaufwändigen Auszählverfahren von Wahlzetteln zu vermeiden.
- 3.1.3 Die Nutzung von Informationstechnik bei den Wahlen macht auch die Übertragung des Mitglieder- Wahlrechts auf Delegierte überflüssig, d.h. auf allen Ebenen wählen alle Mitglieder direkt mit.
- 3.2 Ehrenamtliche wollen die Mitglieder beeindrucken und nicht den Vorsitzenden
- 3.2.1 Die politisch neutrale Service- Gesellschaft berichtet im Internet Partei-Forum regelmäßig über die ehrenamtliche Arbeit fleißiger Mitglieder (auch über die Arbeit bezahlter Mitarbeiter wird transparent berichtet). Hiermit sollen engagierte Mitglieder motiviert und belohnt werden. Sie erreichen somit Bekanntheit, was bei innerparteilichen Wahlen ein Vorteil ist.
- 3.3 Die Vorstände konzentrieren sich auf die politische Arbeit
- 3.3.1 Die gewählten Vorstandsmitglieder im vorliegenden Modell der FAD haben kaum operativen Aufgaben. Sie bestimmen auch nicht über die Auswahl von Kandidaten für die Wahlen. Somit üben sie aus der Sicht diesbezüglich ambitionierter Mitglieder auch keine innerparteiliche „Macht“ aus.
- 3.3.2 Auch bei der Abwicklung von Aufgaben, die mit finanziellem Aufwand getätigt werden, haben die Vorstandsmitglieder keinen persönlichen Zugriff auf die auszugebenden Mittel.
- 3.3.3 Die Vorstände entscheiden aber mehrheitlich über die Verwendung der Finanzen. Mit der Ausführung einzelner Aufträge wird die Service-Gesellschaft beauftragt, wobei jedes Mitglied das Recht hat, ungefragt günstige Angebote einzuholen. Hierzu gibt es eine für die Mitglieder zugängliche Web-Site, in der anstehende Leistungseinkäufe möglichst frühzeitig gelistet werden. Die Service- Gesellschaft muss dem Vorstand über Einkaufsentscheidungen berichten und hierbei die vorliegenden Angebote auflisten und ihre Entscheidung erklären.
- 3.4 Die selbstorganisierenden Gruppen können sich unabhängig vom Parteimodell entwickeln
- 3.4.1 In den Gruppen hingegen können sich völlig andere Führungs- und Kooperationsprinzipien entwickeln. Deren Regeln sind intern von deren Mitgliedern festzulegen und erfolgen unabhängig von dieser Satzung. Hiermit besteht auch ein Regulativ zu der relativ machtlosen Position der Vorstände der Partei. In den Gruppen können sich Machtzentren mit sogenannten „Seilschaften“ entwickeln, die gemeinsam persönliche und politische Zielsetzungen verfolgen und damit für ein starkes Engagement motiviert sind. Hiermit bleibt die Möglichkeit, dass eine solche Gruppe so attraktiv wird, dass ihre Mitglieder die Partei stark beeinflussen oder auch dominieren.
- 3.4.2 Die Dominanz einer starken Gruppe ist somit für den Erfolg der Partei keine Bedrohung. Sie soll aber nicht dazu führen, die Partei zu schwächen, indem sie andere Gruppen majorisiert und damit deren Aktivitäten lähmt.
- 3.4.3 Die Satzung schützt die schwachen Gruppen. Jedes Mitglied kann sich für jede Position bewerben.

- 3.5 Kandidaten für politische Ämter sollen bei Vorwahlen und Wahlkampf von ihren Gruppen unterstützt werden
- 3.5.1 Starke, aktive Gruppen können aber ihre Bewerber nach internen Abstimmungen konzentriert unterstützen. Die kleinen Gruppen müssen kooperieren, um sich dagegen zu wehren.
 - 3.5.2 Gleichwohl können unsere, noch nicht entdeckten, „Superstars“ der FAD auch aus kleinen Gruppen kommen und allein aufgrund ihrer Persönlichkeit am Ende alle Mitglieder überzeugen.
 - 3.5.3 Hierzu gibt es ein System wiederholter innerparteilicher Vorwahlen (via Internet), in dem sich die Kandidaten vorstellen und in internen Diskussionen profilieren können. Natürlich wird auch ihr Engagement bei öffentlichen Parteiveranstaltungen und ihre Mitarbeit in der Partei zur Entscheidung der Mitglieder bei der nächsten internen Vorwahl beitragen.
 - 3.5.4 Die Vorwahlen werden relativ kurzfristig wiederholt, damit sich eine Kerntruppe in den meistgewählten Spitzenplätzen etablieren kann. Gleichzeitig bleibt das System aber offen für Neue, die auch bei späteren Wahlen alle Chancen haben.